

Borschlag

zur

zweckmässigen Staatsunterstützung der
Auswanderung.



Bei Berathung der Grundrechte deutscher Staatsbürger gab sich in einer der letzten Sitzungen der Reichsversammlung eine vielseitige und lebhafte Theilnahme an der Auswanderungsfrage kund, aus welcher die Hoffnung geschöpft werden darf, daß man in jener erluchtetem Versammlung sich keineswegs damit begnügen wird, die Freiheit der Auswanderung als ein Grundrecht sanktionirt zu haben; daß man vielmehr geneigt sey, die Auswanderung als eine große und wichtige Nationalangelegenheit und als eine wahre Grundbedingung für den Frieden und den Wohlstand der Nation anzusehen, und in einer dieser ihrer hohen Bedeutung entsprechenden Weise zu behandeln.

Eine rasche und sachgemäße Behandlung des Gegenstandes darf um so eher erwartet werden, als hier die politische Färbung der Wortführer nicht leicht eine Durchkreuzung der Ansichten erzeugen dürfte, da Tausende von Mitbürgern aus allen Klassen der Gesellschaft, und mit den verschiedensten politischen Ansichten zur Auswanderung geneigt sind, und noch eine größere Zahl sich dazu geneigt zeigen wird, wenn Vorkehrungen getroffen werden, daß die Uebersiedelung mit größerer Sicherheit eines günstigen Erfolges geschehen kann.

Bei so gestalteter Sache mag es nicht als anmaßend oder unzeitgemäß erscheinen, wenn ein Mann, der sich lang und viel mit der Frage der Uebervölkerung und der Auswanderung beschäftigte, in aller Bescheidenheit seine unvergleichlichen Rathschläge vorbringt:

Die Frage, ob wir in Deutschland wirklich an der Krankheit der Uebervölkerung leiden, ob deshalb die Auswanderung für uns wirklich ein Bedürfniß sey, kann füglich unerörtert bleiben, denn die wenigen Worte, welche bis jetzt in der Reichsversammlung über den Gegenstand gesprochen wurden, beweisen zur Genüge, daß über diese Vorfrage jetzt dort so

wenig mehr, wie überall, ein Zweifel obwaltet; es ist vielmehr nur die Frage zu untersuchen, in welcher Weise das große Heilmittel zum wahren Besten der Einzelnen und der ganzen Nation anzuwenden sey.

Man kann hier zuvörderst in Erwägung ziehen, ob es angemessen und statthaft sey, gemeinschädliche Elemente der Bevölkerung gewaltsam auszuschieden? Dies wird jedoch, so lange überhaupt noch vom Recht die Rede seyn soll, schlechthin verneint werden müssen; es mag seyn, daß eine wesentliche Verschlimmerung unserer politischen Zustände dazu drängt, für politische Verbrechen die Strafe der Deportation, wenn auch nur vorübergehend, gesetzlich einzuführen; aber eine andere Art der gezwungenen Auswanderung wird, so Gott will, in Deutschland nie eingeführt werden.

Mag auch die Verarmung noch so sehr um sich greifen, die Humanität und das Rechtsgefühl wird in Deutschland nie bis zu dem Grad sinken, daß man das lästig werdende Proletariat auf andern Wegen zu mindern sucht, als mittelst Darbietung guter Gelegenheit zum Erwerb; also, da dies durch alle sonst erdenklichen Maßregeln in genügender Weise unthunlich ist, durch Erleichterung der Auswanderung.

Ohne Zweifel würde man schon längst zu diesem Mittel gegriffen haben, wenn nicht die Besorgniß bestanden hätte, daß durch allzu große Vermehrung der Auswanderung die Arbeitskräfte des Mutterlandes in großen Massen verschwinden, und dadurch hier nationalwirtschaftliche Nachtheile herbeigeführt werden, welche dem Nebel der Uebervölkerung vielleicht nahe kommen dürften.

Wenn diese Bedenken auch in allen Ländern mit vorherrschend ackerbauender Bevölkerung von geringem Belang waren, so treten sie um so gebieterischer da auf, wo der Hauptwohlsstand auf Fabrikindustrie basirt ist.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß hier ein bedeutender Abzug der arbeitenden Hände die Arbeitslöhne vertheuern, und auf die Industrie nachtheilig wirken wird, und es ist nur die Frage, ob dieser Nachtheil von dem Belang ist, daß er mit jenem in Vergleich gezogen werden kann, welcher für tausend und tausend Einzelne und für die Gesamtnation aus der Uebervölkerung und dem fortschreitenden Pauperismus nothwendig entsteht und bereits entstanden ist.

In Beantwortung dieser Frage konnte man vielleicht vor

kurzer Zeit noch zweifelhaft seyn, aber die jüngste Vergangenheit dürfte wohl sogar die eifrigsten Wortführer der industriellen Interessen belehrt haben, daß selbst bei der äußersten frankhaften Uebervölkerung die Arbeitslöhne auf die Dauer nicht in einem mit den Lebensbedürfnissen der Arbeiter außer Verhältniß stehenden Stand erhalten werden können, und daß solch unnatürliche Zustände, wie sie jede übertriebene Pflege der Industrie nothwendig überall herbeiführt, auf Uebel und Krisen führen, welche sowohl im Allgemeinen, als insbesondere auch für die Industrie verderblicher wirken, als hohe Arbeitslöhne.

So stellt sich die Sache schon von dem engen industriellen und wirthschaftlichen Standpunkte; allein in einer hohen Versammlung, welche berufen ist, für Deutschlands Wiedergeburt und künftige Größe den Grundstein zu legen, mag wohl Keiner zu Rath sitzen, welcher klein und engherzig genug wäre, um den Staat überhaupt und die zu einem großen Ganzen geeinte deutsche Nation nur unter dem untergeordneten Gesichtspunkte einer wirthschaftlichen Anstalt zu betrachten; von ihm darf wohl erwartet werden, daß ihm vor Allem die ewigen Gesetze der Sittlichkeit und Humanität im Auge schweben, und daß er sich es zur ersten und wichtigsten Aufgabe gemacht habe, auf ihre unerschütterliche Grundlage den erhabenen Neubau aufzuführen.

Auf der Höhe dieses Standpunktes muß den Staatsmann ebensowohl wie den schlichten Bürger in den einfachsten Lebenskreisen der oberste Grundsatz der sittlichen Weltordnung leiten, das Gebot der praktischen Nächstenliebe. Er muß dem Staat und allen seinen Gliedern diejenige Beschränkung ihrer egoistischen Zwecke, diejenigen Verzichte und Opfer auferlegen, welche für das Wohlergehen Aller dienlich sind; denn nicht, daß es dem Einen und dem Andern, sondern daß es Allen wohlergehe, ist das große Gebot der Liebe, ist die auch im Staatsverein, wenn gleich nie ganz zu erreichende, doch immer zu erstrebende höchste Aufgabe. — Wohl ist es der kurzsichtige Egoismus, welcher allüberall in tausend Gestalten gegen dies erhabene Gesetz ankämpft; aber ihn fort und fort unter dasselbe zurückzubeuugen, ist das Werk der Vernunft, gleichviel ob sie im Bettlerkittel oder auf dem mächtigsten Thron regiert.

Was anders, als kurzsichtiger Egoismus wäre es aber, wollte der Staat, um einer verhältnismäßig geringen Zahl von Inhabern großer Kapitalien an Geld oder Grundbesitz die

Erhaltung ihrer Zustände zu sichern, die große Masse Derer, durch deren Arbeit die Fortdauer jener Zustände bedingt ist, von der nächsten und sichersten Erreichung einer bessern Existenz zurückhalten?

Freilich wendet man mir ein, vom Zurückhalten sey ja keine Rede, das Recht der freien Auswanderung müsse nach wie vor Allen gewährt seyn, und dann könne sich Niemand über gewaltsame Zurückhaltung beschweren; nur solle man Denen, welche zurückbleiben wollen, und der aus ihnen gebildeten großen Gesamtheit nicht zumuthen, daß sie das bessere Glück der Wegziehenden mit größern oder geringern Nachtheilen für sich selbst befördern.

Allein wir Alle wissen zur Genüge, daß unter der großen Masse von Wenig oder Nichts Besitzenden Viele, Viele sich befinden, für welche die bloße Darbietung des nackten Auswanderungsrechts einer baaren Verhöhnung gleich ist; sie nicht unterstützen wollen, weil man dabei selber einen Nachtheil leidet, wäre in der That nicht besser, als dem Nothleidenden eine milde Gabe verweigern, weil man dabei selbst um den Betrag der Gabe ärmer wird.

Der Vater von vielen Söhnen und Töchtern, welcher mit deren unbezahltem Beistande einen ausgedehnten Ackerbau oder ein umfangreiches Gewerbe betreibt, empfindet es nachtheilig, wenn die herangewachsenen Kinder sich von ihm trennen, um einen eigenen Heerd zu gründen; allein er müßte kein Vater, sondern ein Unmensch seyn, wollte er den Kindern die Anhülfe zum eigenen Fortkommen verweigern, weil ihn dies Etwas kostet, und weil er die scheidenden Kinder durch andere theurere Arbeiter ersetzen muß. — Der Staat aber soll nicht erst nach neurepublikanischen Grundsätzen, sondern schon nach dem zweitausendjährigen Gebot der Liebe ein Verein von Brüdern seyn!

Mag übrigens die Staatsunterstützung der Auswanderung so weit gehen, als sie immer will, es ist nicht zu fürchten, daß dadurch der Fluß der Abziehenden eine so ungeheure Strömung gewinne, welche für den Wohlstand des Mutterlandes verderblich werden könnte, und erst, wenn einmal eine solche Gefahr sich wirklich drohend zeigte, wäre es an der Zeit, ihr zu begegnen.

Bei all' Dem bin ich weit entfernt, der Reichsgewalt anzuempfehlen, daß sie sofort schaffend und waltend in das

deutsche Auswanderungswesen eingreife; es wird genügend, es wird allein zweckmäßig seyn, daß sie ihren weitreichenden schützenden Arm auch über die deutschen Brüder ausbreite, welche jenseits des Ozeans eine neue Heimath suchen wollen; und wenn nur dieser Schutz die rechten Mittel wählt und das rechte Maß hält, so wird die kräftige deutsche Natur die Uebervölkerungsankankheit überwinden, ohne dadurch in frankhafte Ermattung zu verfallen.

Vorerst versteht sich von selbst, daß, wie man überhaupt die diplomatische Vertretung der Deutschen im Auslande nicht ferner den einzelnen Staaten überläßt, sondern von der Zentralgewalt aus anordnet und leitet, so auch die Auswanderungskonsulate künftig nur allgemein deutsche seyn werden.

Diese vom Reichsoberhaupt zu bestellenden Geschäftsträger werden aller Orte im Namen der deutschen Nation die Rechte und Interessen aller deutschen Auswanderer ohne Unterschied wahrnehmen, schützen und fördern; sie werden von den Auswanderungsvereinen in Amerika, so wie von denen in Europa Erfundigungen jeder Art erheben, und einer Centralbehörde mittheilen, welche sie in gemeinnütziger Weise verwendet; sie werden an sie gelangende Beschwerden möglichst abhelfen, billige Gesuche befürworten u. s. w.

Ein Hauptzweck, welchem sie zu dienen hätten, der aber durch sie allein kaum in genügender Weise und so schnell als wünschenswerth zu erreichen seyn dürfte, wäre die verlässliche Ausmittlung der passendsten Niederlassungspunkte mit allen einschlägigen Notizen.

So bedeutend sich auch in den letzten zehn Jahren die Auswanderungsliteratur gemehrt hat, so viel ein Jeder, der den Gegenstand im Auge behielt, aus Zeitungsartikeln und Privatmittheilungen einzelner Ausgewanderter erfahren und sammeln möchte, die Allerwenigsten (sowohl Privaten als Behörden) finden sich in der Lage, auf die so oft an sie gerichtete Frage: Wohin in Amerika soll ich mich wenden? mit Ueberzeugung eine beruhigende Antwort geben zu können.

Im Gegentheil, gerade wer mit besonderer Liebe die vielen Reiseberichte, die hundert Anpreisungen und die ihnen widersprechenden Warnungen u. s. w. gelesen hat, endet mit der Ueberzeugung, daß sich aus all' Dem ein sicheres Urtheil über Vorzüge und Nachtheile des einen und des andern Ansiedlungspunktes nicht bilden läßt; und daß, so Vieles auch

in diesem wichtigen Zweige der Nationalangelegenheiten der Privatunternehmung überlassen werden muß, es dennoch gerade die Notizen über Klima und sonstige für die Colonisation wichtige Verhältnisse sind, welche die Staatsgewalt selber zum Gegenstand ihrer Erforschung machen sollte, um mit dem ihr allein oder doch vorzugsweise zuzutrauenden unbefangenen Urtheile Tausenden ihrer Angehörigen heilsam rathen zu können.

Gerade weil bisher die Kolonisation ausschließlich in den Händen von Privatunternehmern sich befand, wie sie meines Erachtens auch künftig zweckmäßig darin bleiben dürfte, gerade deshalb erscheinen die zahllosen Berichte und Mittheilungen für und gegen das eine und andere Unternehmen mehr als Parteischriften, denn als unbefangene Urtheile, ohne daß man gerade nöthig hat, dabei an absichtliche Entstellung oder Täuschung zu denken.

Der Ansiedler selbst, welcher an Verwandte und Freunde schreibt, mag wohl oft ohne Plan und Ueberlegung mehr durch den regen Wunsch, sich vielleicht bald von einem befreundeten Nachzug umgeben zu sehen, als durch eine nützterne Auffassung der Zustände und Verhältnisse, seine Feder führen lassen, und wo auch diese Art der Befangenheit nicht wirkt, da mag aus einer Voreingenommenheit für die selbst getroffene Wahl und noch öfter aus Mangel an Kenntniß anderer zur Vergleichung dienender Punkte die Unzuverlässigkeit der Mittheilung abgeleitet werden.

Alle diese Bedenken und Einwendungen erheben sich mit mehr oder weniger Gewicht gegen alle Privatmittheilungen, und daraus erwächst das Hauptgebrechen unserer Auswanderung, nämlich die Plan- und Regellosigkeit derselben, die Zersplitterung von Kräften, welche im Verein Großes vollbringen könnten, die Hingebung in die Hände habfuchiger Spekulanten.

Ganz anders wäre die Lage der Auswanderer und Derer, welche sich die höchst verdienstliche Mühe geben, ohne selbst Spekulanten zu seyn, größere Auswanderungsgesellschaften zu bilden, wenn die öffentlichen Behörden in den Stand gesetzt würden, Jedem, der es verlangt, über alle wichtigen Ansiedlungspunkte umfassende und verlässige Auskunft geben zu können, Auskunft über Klima und Boden, über Preis und Quantum des disponibeln Landes, über die zivilrechtlichen

und politischen Bedingungen des Eigenthumserwerbs, der Wiederveräußerung und der Vererbung u. s. w.

Diesem dringenden Bedürfnisse nun so bald wie möglich zu steuern, sollte eine der ersten Aufgaben der Reichscentralgewalt seyn; Männer, welche mit Liebe für die Sache und mit den erforderlichen Kenntnissen und Erfahrungen ausgerüstet sind, und in jeder Beziehung volles Vertrauen verdienien, sollten beauftragt werden, alle Punkte in den vereinigten Staaten, auf welche sich entweder schon der Zug der deutschen Auswanderer gerichtet hat, oder welche sonst nach den vorläufigen Erfundigungen eine besondere Tauglichkeit versprechen, zu besuchen, überall so lange zu verweilen, als es zur gründlichen Erforschung der wissenswerthen Verhältnisse nöthig ist, Verbindungen anzuknüpfen und unter den dortigen Bürgern Männer aufzusuchen, welchen die Vertretung der Interessen der deutschen Einwanderer und die Fortsetzung wichtiger Mittheilungen an die deutsche Centralgewalt übertragen werden kann.

Wären diese, die Wahl der richtigen Ansiedlungsorte bedingenden Vorfahrungen getroffen, so dürften sich vielleicht alle weiteren Maßregeln darauf beschränken, der Zersplitterung der Kräfte in geeigneter Weise entgegenzuwirken.

Wer die Unerlässlichkeit der Association für alle wichtigern Unternehmungen würdigt, und dabei sieht, wie die Mehrzahl unserer Auswanderer bis jetzt trotz aller Mahnung durch Wort und noch beredtere Erfahrungen, von diesem großen Mittel so viel wie keinen Gebrauch mache, der muß sich in der That weniger über das Mislingen so manches hierher gehörenden Unternehmens, als über das häufige Gelingen wundern.

Es waren bis jetzt nur einzelne Familien oder kleinere Gesellschaften, welche den Zug in eine bestimmte Gegend Nordamerika's gemeinsam unternahmen, und wenn sie auch das Ziel der Reise ungetrennt erreichten, so entgingen sie dort selten der Zersplitterung, und in deren Gefolge der Entbehrung aller Vortheile eines vernünftigen Gemeinwesens für lange Zeit.

Wie viel leichter würden dagegen die Beschwerden und Entbehrungen der Reise und der ersten Ansiedelung ertragen, wenn es immer eine größere, hier schon wohl geordnete Association wäre, deren Theilnehmer sich gegenseitig verpflichtet

ten, wie Glieder einer Familie bei einander auszuhalten, Be schwerden und Arbeit gemeinsam zu tragen, mit ihren ver schiedenartigen Fähigkeiten sich wechselweise zu unterstützen und damit die Leistung ihrer Kräfte mächtig zu steigern?

Aber auch in den Urwäldern Amerika's hat der Mensch noch höhere Bedürfnisse, als die, welche er mit dem Thiere gemein hat, Gottesdienst, Schulunterricht, ärztliche Hilfe und die mancherlei gewöhnten Genüsse einer gesitteten Gesellig keit mag er auf die Dauer nicht entbehren, und wie leicht wäre es bei solch größeren Zusammengesellungen, hier schon für all dieses zu sorgen?

Es ist zwar nicht zu zweifeln, daß derartige Associationen sich mehr und mehr auch ohne Zuthun der Staats ge walt bilden werden, allein wenn überhaupt unsere Verhältnisse so beschaffen sind, daß für Förderung der Auswanderung etwas Erkleckliches gethan werden muß, und wenn diese Förderung gerade in der Richtung nöthig ist, daß auch einem beträchtlichen Theil der Besitzlosen die Uebersiedlung möglich wird, so scheint es geeignet, daß Alles, was der Staat thut, nur als Prämie für die Association gewährt werde.

Die Sorge der bemittelten Auswanderer und der Gemeinden, welche ihnen unbemittelte Genossen beigesellt wünschen, mag es zwar zunächst seyn, die Kosten der Uebersiedlung aufzubringen, allein ihnen Alles zu überlassen, wäre ungenügend, weil alsdann wenig oder nichts geschähe; würde dagegen der Staat vorerst als Grundsatz aufstellen, daß jede solche Association, in deren Mitte sich Arme befinden, zur Uebersiedlung der letztern eben so viel aus Staatsmitteln erhalten solle, als aus Mitteln von Gemeinden oder Privaten für sie gesteuert wird, so wäre schon viel zur Förderung der Auswanderung geschehen, es wäre in einer den Erfolg sicheren Weise und zum Besten der Besitzenden eben so sehr, als zu dem der Unbemittelten gethan, es wäre aber jedenfalls nicht so viel geschehen, daß daraus ein erheblicher Aussall in den nothwendigen Arbeitskräften des Mutterlandes erwachsen könnte.

Dass die Leistung solcher Staatszuschüsse zu der Aus wanderungsaffocation nicht Sache der Centralgewalt, sondern die der einzelnen Staaten wäre, dürfte sich von selbst verstehen.

Nur der Grundsatz der Beitragspflicht der Staatskassen sollte von der Centralgesetzgebung deutscher Nation sofort aus-

gesprochen werden, und wenn es wahr ist, was mit mir Viele glauben, daß wir an einer Krankheit leiden, welcher durch Auswanderung in größerem Maße geholfen werden muß, so wird es nicht fehlen, daß aller Orte sich Vereine bilden, welche in ähnlicher Weise, wie es für die deutsche Flotte geschehen, für den Zweck der Auswanderung die Selbstbesteuerung organisiren, und so die zugesagte Staatshilfe wirksam machen.

Die Unbemittelten aber, welche man durch leere Vorstiegungen zum Dienste ehrgeiziger und landesverrätherischer Aufwiegler zu gewinnen sucht, werden erkennen, daß die Reichscentralgewalt in reeller und nachhaltiger Weise, ohne Veraubung und Plünderung der Besitzenden, aber doch auch nicht ohne deren thatkräftige Mitwirkung, für die Verbesserung ihres Schicksals zu sorgen entschlossen ist.

Deutschland, im Juli 1848.



